

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische  
Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 161 (1995)

**Heft:** 9

**Vorwort:** Kritische Wähler gefordert!

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 30.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Kritische Wähler gefordert!

In den letzten drei Jahren ist uns allen klar geworden, dass der Kalte Krieg nicht durch einen dauerhaften Frieden, sondern durch eine Zeit der Unsicherheit, der vielfältigen unberechenbaren Gefahren abgelöst worden ist. Dabei geht es nicht nur um Risiken für unsere militärische Sicherheit. Unsere gesamten Lebensgrundlagen und unsere Gesellschaft sind mitbetroffen. Die von uns geforderte Wachsamkeit darf uns jedoch nicht zur krampfhaften Bewahrung des Erreichten verleiten, wie das schon immer die Tendenz der Schwachen, der Kleinstaaten war. Ohne ständige Pflege und Erneuerung zerrinnen die erworbenen Güter (Rechte, Wohlstand, sozialer Ausgleich usw.), ohne dass wir es merken.

Wie hier schon oft betont, sind vor allem die **Schlüsselpersonen der Gesellschaft** zu Aufmerksamkeit, Initiative, zukunftsgerichtetem Denken und Zusammenschau der Problemkreise aufgerufen. Es ist nicht das Volk schlechthin, das alles richtig und rechtzeitig zu erkennen vermag, es sind dies vielmehr seine geistigen und politischen Führer. Zu diesen gehören in unserem Milizsystem vor allem auch die Offiziere, die das Analysieren, Vorausdenken, Beurteilen, die Entschlussfassung und das Motivieren der anvertrauten Truppen schon früh gelernt und immer wieder geübt haben.

Wir Offiziere müssen dabei berücksichtigen, dass angesichts der immer komplexeren Probleme einfache Lösungen praktisch unmöglich sind. Wer demagogische Vereinfachungen oder das bedingungslose Bewahren des Bisherigen anpreist, muss uns deshalb als «Rattenfänger von Hameln» suspekt sein.

### Politischer Handlungsbedarf

Zurzeit stehen uns **grosse Probleme** an, wie z.B. eine minimale Verfassungsrevision (um die ins Gestrüpp gewachsene Verfassung von 1874 zu reinigen), die Neustrukturierung der Volksrechte (um sie qualitativ zu verbessern und zu straffen), aber auch die rasche Realisierung der für die Armee 95 benötigten Ausbildungsinfrastruktur sowie der Ausrüstung für die mobilere, agilere Armee. Als schwersten Brocken gilt es, die Zusammenarbeit mit Europa zu aktivieren, um einen unsinnigen, gefährlichen Alleingang mitten im Herzen Europas zu vermeiden.

Wer trägt dafür die **primäre Verantwortung**? Es sind dies der Bundesrat und vor allem das eidgenössische Parlament. Gemäss einer Rundfrage des «Matin» im Frühling 1995 wird die Macht von Bundesrat und Parlament als zu gering, diejenige der Medien, Banken und Wirtschaftslobbies als zu stark beurteilt. Diese Einschätzung beruht wohl auf dem Gefühl, dass die staatlichen Organe ihre Kompetenzen oft zu wenig wahrnehmen. Unser System leidet unter den langfädigen Vernehmlassungen und x-fachen Beratungen wie unter der ständigen Referendumsfuchtel, so dass die getroffenen Lösungen zu spät kommen oder zu wenig greifen und schliesslich trotz allem von einer kleinen Zufallsgruppe dem Referendum und damit einer weiteren zeitlichen Verzögerung unterworfen werden. Das Tempo und die Qualität der heutigen Gesetzgebung entspricht nicht mehr den Bedürfnissen unserer schnelllebigen Zeit und Wirtschaft.

### Überforderung der Demokratie?

Wir Schweizer glauben fest daran, dass wir die besten Hüter der Demokratie seien und daher Warnungen vor dem «Ende der Demokratie» nicht ernst nehmen müssten. Aber die zunehmende Komplizierung aller Sachgeschäfte sowie die vermehrte Internationalisierung der Probleme «überwinden» bereits öfters unsere demokratischen Entscheidungsmechanismen.

Intuition als Entscheidungsbasis mag in einer stabilen, einfachen Situation noch brauchbare Resultate liefern, in der modernen Problemwelt können Routine und Intuition keine guten Entscheidungen mehr garantieren.

Auch sind nationale Lösungen immer öfters nicht in der Lage, ein Problem voll in den Griff zu bekommen, wenn es um grenzüberschreitende Probleme geht, wie z.B. in den Sektoren Umwelt, Migration, Drogen, Kriminalität und Terror. Eine Isolation und Autarkie aus übertriebenem respektive mangelndem Selbstvertrauen können bei internationalen Gefahren keine genügende Sicherheit bewirken.

Unsere Politiker sollten daher den Mut haben, in solchen Bereichen internationale Zusammenarbeit anzuregen und kompatible Lösungen vorzuschlagen. Sie sollten aber auch gleichzeitig auf die Vorteile solcher Zusammenarbeit sowie auf die grosse Wertschätzung der Mitarbeit von kleineren Staaten in grossen internationalen Organisationen wie EU und OSZE hinweisen.

Politiker und Forscher sollten zudem im Interesse der Erhaltung unserer Demokratie dem Volk immer wieder klar machen, dass periodisch gewisse Korrekturen an unseren Volksrechten nötig sind, um die Effizienz des Staatswesens zu heben. Dabei sind nicht nur die Erhöhung der Unterschriftenquoten denkbar, sondern auch qualifizierte Mehrheiten in den Parlamenten oder minimale Stimmbeteiligungsvorschriften für wichtige Entscheide oder bessere Qualität der Unterschriften. Kurz: Anordnungen, welche in anderen Ländern schon lange mit Erfolg angewandt werden, um repräsentative Volksentscheide zu gewährleisten, respektive eine Überforderung des Volks zu vermeiden.

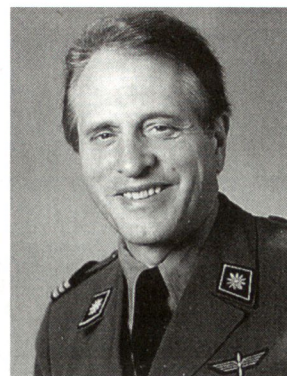
### Parlamentswahlen sind wichtige Weichenstellung!

Es geht nicht darum festzustellen, ob und wann das heutige politische System nicht genügend entschlossen und weitsichtig war. Sicher ist, dass wir mutigere, klarer denkende Parlamentarier brauchen, wenn wir die nächste, echt schwierige Zukunft erfolgreich bewältigen wollen. Bevor Sie als verantwortungsbewusster Bürger Ihre Stimme abgeben, müssen Sie die bisherige Arbeit der Parteien und Kandidaten **hinterfragen**:

- Haben sie sich intensiv genug für das Vaterland, für unsere Armee und für die Sicherheit unseres Landes eingesetzt?
- Haben sie eine offene, zukunftsgerichtete Politik vertreten oder halten sie stur am Bisherigen fest, obwohl sich doch die politische Situation ebenso wie die Wirtschaft in fast unangenehm hohem Tempo ändert?
- Wie glaubwürdig ist ihre Sicherheitspolitik und hat bei ihnen die Wehrpolitik den für unsere Milizarmee notwendigen hohen Stellenwert?

Beurteilen Sie die Leute nicht nach ihren Wahlreden, denn sie versprechen alle (gewollt oder ungewollt) zu viel. Wir brauchen auch keine emotionalen, populistischen Vereinfacher, sondern geradlinige, zukunftsgläubige, realistische Führer, die **zu unserem Land und seiner Armee stehen** und die uns helfen, die anstehenden Probleme zu meistern.

Das Wohl unseres Landes und seiner Bürger, nicht die Person des Politikers und sein Prestige muss im Vordergrund stehen. Als Offiziere können und müssen wir dies genau abwägen und mit dem Stimmzettel entscheiden.



Oberst i Gst Charles Ott